



NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 09.11.2010,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:03

Ende: 21:00



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

ab TOP 1 ö.S. 17.15 Uhr

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern



Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt ab TOP 6 ö.S. 17.55 Uhr

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing ab TOP 2 ö.S. 17.24 Uhr

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Markus Abel	(Umweltamt)
Jürgen Bibus	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Michael Heder	(Stadtbauamt)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Projektteilung Landesgartenschau)
Kajetan Lis	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Hans Schlösser	(Rechnungsprüfungsamt)

Sonstige

Mirco Bahm	(Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters)
Rudolf Boesche	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Ute Hangen	(Landesgartenschau Landau 2014 gGmbH)
Matthias Schmauder	(Landesgartenschau Landau 2014 gGmbH)
Aydin Tas	(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)



Schriftführer

Markus Geib



Der Vorsitzende gratulierte Frau Elisabeth Morawietz zur Verleihung der Freiherr-vom-Plakette. Dies sei eine Ehrung, die nicht jeder bekomme. Sie habe die Ehrung aber zu Recht erhalten. In 30 Jahren im Stadtrat habe man ihre kompetente und absolut loyale Art schätzen gelernt. Ihre Diskussionskultur sei vorbildlich gewesen, immer zielführend und nie verletzend. Der Stadtrat, aber auch das Frauenhaus, hätten ihr viel zu verdanken.

Frau Morawietz bedankte sich für die vielen Ehrungen, die ihr seit ihrem Ausscheiden aus dem Stadtrat zu Teil geworden seien. Es sei für sie der richtige Zeitpunkt zum Aufhören gewesen.

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat darum, noch folgende Punkte ergänzend auf die Tagesordnung zu nehmen:

„Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Ergänzungsantrag zu den geplanten Baumfällungen“ als Tagesordnungspunkt 6.2 der öffentlichen Sitzung,

„Ergänzung zur Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes der Stadt Landau“ als Tagesordnungspunkt 13.1 der öffentlichen Sitzung und

„Befristete Einstellung einer persönlichen Referentin für Herrn Oberbürgermeister Hans-Dieter Schlimmer“ als Tagesordnungspunkt 3 der nichtöffentlichen Sitzung.

Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung um diese Punkte zu.

Ratsmitglied Dr. Migl beantragte, die Tagesordnungspunkte 16 und 17 der öffentlichen Sitzung von der Tagesordnung zu nehmen, da die dortigen Investitionen Vorgriffe auf den Haushalt 2011 seien. Dies sollte man erst beraten, wenn der Haushalt 2011 beschlossen sei.

Der Stadtrat lehnt die Absetzung der Punkte 16 und 17 der öffentlichen Sitzung von der Tagesordnung mehrheitlich mit 2 Ja-, 38 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Vorstellung der neuen Gleichstellungsbeauftragten, Frau Evi Julier
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Neugestaltung der Homepage der Stadt Landau
Vorlage: 101/094/2010
4. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts
Vorlage: 101/096/2010
5. Informationen zur Landesgartenschau
6. Baumfällungen in der Südstadt



- 6.1. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Baumfällungen in der Südstadt
Vorlage: 101/097/2010
- 6.2. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Ergänzungsantrag zu den geplanten Baumfällungen
Vorlage: 101/098/2010
- 6.3. Baumfällungen in der Kaserne im Rahmen des ersten Entwicklungsabschnittes
Vorlage: 860/062/2010
7. Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 060/005/2010
8. Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 060/007/2010
9. Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2007
Vorlage: 060/006/2010
10. Darlehensvertrag zur Finanzierung der Daueranlagen anlässlich der Landesgartenschau Landau 2014
Vorlage: 200/029/2010
11. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 200/030/2010
12. Aufstellung der 13. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz "Froschau" im Parallelverfahren zum Bebauungsplan D11 "Froschau"
Vorlage: 610/070/2010
13. Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes der Stadt Landau
Vorlage: 610/071/2010
- 13.1. Ergänzung zur Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes der Stadt Landau
Vorlage: 610/077/2010
14. Bebauungsplan D7c "Park & Ride-Anlage Bahnhof", Satzungsbeschluss
Vorlage: 860/051/2010
15. 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz (Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes D 7c "Park & Ride-Anlage Bahnhof"), abschließende Beschlussfassung
Vorlage: 860/052/2010
16. Umbau und Sanierung des Gebäudes 12 in der ehemaligen Kaserne Estienne-Foch zu einem Bürogebäude mit Besucherzentrum für die Landesgartenschau 2014
Vorlage: 860/059/2010
17. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd " Zuschussgewährung für das Gebäude 012 zur Sanierung und zum Umbau als Büro- und Verwaltungsgebäude durch den Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR



Vorlage: 610/072/2010

18. Änderung der Abfallgebührensatzung
Vorlage: 860/060/2010

19. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

1. Grundstücksangelegenheit

2. Personalangelegenheit

3. Personalangelegenheit

4. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Kreisel fragte, ob es möglich wäre das Holz aus den zu fällenden Bäumen in der Südstadt kostenlos an interessierte Bürger abzugeben. Dies sollte man dann auch rechtzeitig ausschreiben.

Der Vorsitzende erläuterte, dass die Verwertung des Holzes Teil des Ausschreibungsverfahrens sei.

Herr Dr. Götz wollte wissen, ob der Oberbürgermeister der Meinung sei, dass die Erklärungen der Verwaltung zu den Baumfällungen ausreichend und verständlich seien.

Der Vorsitzende erklärte, dass er dies im Rahmen der Behandlung des Tagesordnungspunktes 6 beantworten werde. Allerdings werde nicht noch einmal alles so breit dargelegt wie in der Sitzung vor zwei Wochen. Dort sei auch das Baumgutachten erläutert worden, in dem jeder einzelne Baum untersucht worden sei.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Vorstellung der neuen Gleichstellungsbeauftragten, Frau Evi Julier

Der Vorsitzende begrüßte Frau Julier, die für ein Jahr vertretungsweise die Position der Gleichstellungsbeauftragten inne habe.

Frau Julier stellte sich dem Stadtrat vor. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit sehe sie zum einen in der Einzelfallarbeit. Dies bedeute, eine Erstberatung durchzuführen und dann an entsprechende Institutionen zu verweisen. Ein zweiter Schwerpunkt seien Infoveranstaltungen zu frauenrelevanten Themen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Neugestaltung der Homepage der Stadt Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 25. September 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Ludwig begründete den Antrag. Es sei erfreulich, dass die Verwaltung seit geraumer Zeit die Neugestaltung betreibe. Der Antrag sollte aber dennoch belassen werden, damit die Verwaltung hier auch in der Pflicht stehe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. den Internet-Auftritt der Stadt Landau neu zu gestalten und benutzerfreundlicher gestalten zu lassen.**
- 2. allen Stadtratsmitgliedern und Ortsvorstehern einen Zugang zur Datenbank des parlamentarischen Referates zu ermöglichen, um Einladungen und Protokolle der Ausschüsse und des Rates jederzeit einsehen zu können.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 20. Oktober 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Freiermuth begründete den Antrag. Er bat darum, die vorliegende Resolution des Städtetages zu beschließen. Im übrigen verweise er auf die schriftlich vorliegende Begründung.

Ratsmitglied Prokop begrüßte die vorliegende Resolution. Die Kommunen dürften nicht zum Spielball der Unternehmen werden. Diese sollten viel mehr über die Entsorgung und Vermarktung weiterhin selbst entscheiden können. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass der vorliegende Antrag das liberale Grundverständnis berühre. Man sehe es nicht so wie in der Resolution dargestellt. Vielmehr bringe erst mehr Wettbewerb auch Bewegung in den Markt. Er sei der Meinung, dass man eine solche Resolution nicht brauche. Zwar würden die Kommunen gestärkt, zugleich aber auch die Privaten geschwächt. Die FDP-Stadtratsfraktion werde sich enthalten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er weder ein ideologischer Privatisierer noch ein ideologischer Gegner der Privatisierung sei. Man müsse jeweils im Einzelfall entscheiden. Die Kommunen hätten aber bewiesen, dass sie in Fragen der Daseinsvorsorge eine sehr gute Arbeit leisten.

Ratsmitglied Dr. Kopf war dankbar, dass die FWG diese Resolution auf die Tagesordnung gebracht habe. Dadurch käme ein gemeinsames Interesse der kreisfreien Städte und Kreise zum Ausdruck. Die öffentlichen Entsorgungsträger seien verpflichtet, den Abfall zu entsorgen. Funktionieren könne dies nur, wenn dies einigermaßen kostendeckend sei. Wenn man zulasse, dass die Privaten die lukrativen Rosinen herauspicken, dann gehe dies zu Lasten des Gemeinwesens. Er finde es gut, dass auch die CDU dieser Resolution zustimme. Die FDP müsste eigentlich, die Geschäftspolitik des „Monopolisten“ EWL unterstützen, denn sie sitze ja auch in dessen Verwaltungsrat.

Ratsmitglied Dr. Migl sah als Intention des Antrages die Stärkung der kommunalen Abfallwirtschaft. Angesichts der vielen Skandale in der Abfallwirtschaft halte sie dies für ein wichtiges Signal. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Schröer unterstützte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Resolution ebenfalls. Dadurch werde Transparenz und Preisstabilität gewahrt.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 4 Enthaltungen:

die von den kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene – Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund – vorgelegte Resolution zur Zukunft der kommunalen Abfallwirtschaft.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Informationen zur Landesgartenschau

Der Vorsitzende informierte, dass nach einem Gespräch mit der ADD in den nächsten 4 Jahren rund 11 Millionen Euro Städtebaufördermittel für die Konversion in der Südstadt zur Verfügung stünden. Dies sei unabhängig von der Finanzierungszusage des Landes für die Landesgartenschau.

Für die Park and Ride-Anlage Bahnhof stehe heute der Satzungsbeschluss an. Der Baubeginn für die Maßnahme sei für Sommer 2011 geplant.

Anfang Oktober habe die zweite Rückbauphase im Kasernengelände begonnen. Abgeschlossen sei die Umsiedlung der Mauereidechsen, womit die artenschutzrechtlichen Voraussetzungen für den Gebäudeabbruch fristgerecht erfüllt seien.

Er wolle klar machen, dass in 3 Jahren und ein paar Wochen Landesgartenschau sei. Dies sei offenbar noch nicht jedem bewusst. Man habe nicht die Zeit, über alles umfassend zu diskutieren. Wer die Landesgartenschau wolle und sie fristgerecht wolle, der müsse bereit sein, schnelle Entscheidungen zu treffen. Er gehe davon aus, dass die Gespräche mit dem Land bezüglich der Finanzierung bis zum 14. Dezember erfolgreich abgeschlossen seien. Für die Umgestaltung des Kasernenareals zu einem Gartenschau Gelände mit 30 Hektar seien 3 Jahre ein sehr ehrgeiziges Ziel. Daher bitte er nachdrücklich darum, Vertrauen in die Verwaltung zu haben. Man habe eine Vision, dieses Südstadtgebiet einer guten Zukunft zuzuführen. Die Südstadt solle deutlich aufgewertet werden. Das könne man aber nur erreichen, wenn man Dinge nicht zerdiskutiere. Man müsse zu Entscheidungen kommen.

Was die Finanzausage angehe, gehe er davon aus, dass dem Land ebenso wie der Stadt an einer guten Landesgartenschau 2014 gelegen ist. Man werde die finanziellen Mittel bekommen, wenn auch nicht alles. Hier und da werde man vom Optimum Abstriche machen müssen.

Ratsmitglied Heuberger erklärte, dass man diese Landesgartenschau und auch den Finanzplan hierzu beschlossen habe. Was nun fehle, sei die Zusage der Landesregierung über die Förderung. Da diese nicht vorliege, bewege man sich auf finanziellem Glatteis. Die CDU-Fraktion habe erhebliche Probleme, Maßnahmen zu beschließen die unumkehrbar, aber nicht sicher finanziert seien. Landau sei bis über beide Ohren verschuldet, daher könne man das bereit gestellte Budget nicht überschreiten. Das Land müsse nun mal ein klares Wort bezüglich der Finanzierungszusage sprechen. Die CDU sei nicht gegen die Landesgartenschau, aber man sei gegen finanzielle Risiken.

Ratsmitglied Dr. Kopf erwiderte, dass man sich doch einig sei, dass man die Zusage brauche. Was man nicht brauche, sei eine Schienbeintreterei untereinander. Vielmehr müsse man an einem Strang ziehen, um vorwärts zu kommen.

Ratsmitglied Schröder unterstützte die Argumentation von Herrn Heuberger. Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätten Probleme, Projekte im Rahmen der Landesgartenschau zu unterstützen mit einem Finanzierungsvorbehalt. Man könne ja bis zum 14. Dezember alles vorbereiten und dann mit der Finanzierungszusage des Landes die notwendigen Entscheidungen treffen. Alles andere seien Geschäfte mit offenen Bedingungen. So sei es auch bei der Finanzkrise gewesen, diese Fehler sollte man als Stadt nicht auch machen.

Ratsmitglied Dr. Migl machte deutlich, dass die UBFL unter anderem wegen der Finanzierung die Landesgartenschau abgelehnt habe.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Baumfällungen in der Südstadt



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6.1. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Baumfällungen in der Südstadt

Der Vorsitzende stellte zunächst fest, dass man sich in der Stadtratssitzung am 26. Oktober 2010 mehrheitlich einig gewesen sei, dass die Friedrich-Ebert-Straße umgesetzt werde. Man sei sich weiter einig gewesen, dass man heute über die Bäume im Kasernengelände Estienne Foche rede und im Bauausschuss am 16. November 2010 über die Neuplanung der Cornichonstraße beraten und beschließen werde.

Herr Dr. Schulte von der Firma L.A.U.B habe im Stadtrat sehr deutlich vorgetragen, wie er die Sache sehe. Es sei klar vorgetragen worden, dass man im wesentlichen keine wertvolle Baumschubstanz wegnehme, sondern Bäume die krank seien. Nur einige wenige Bäume müssten dem ersten Entwicklungsabschnitt des Wohnparks Am Ebenberg weichen. Hierfür gebe es einen Grundsatzbeschluss für die Wegeführung. Es sei ja wohl kaum zu erwarten, dass man bei einem 25 Hektar großen Grundstück die Häuser um die Bäume herumplane. Bäume seien zweifellos Teile des Stadtbildes und es gebe auch stadtbildprägende Bäume. Aber Bäume seien auch ein nachwachsender Rohstoff und es sei kein Frevel, Bäume wegzunehmen und Neupflanzungen vorzunehmen. Dadurch könne man einem Stadtbild Zukunft geben. Dies sei ein ganz natürlicher Teil einer Stadtentwicklung, dass man Straßen neu anlege und Bäume neu pflanze. Man schlage ja nicht die Stadt leer, so dass keine Bäume mehr stehen. Wenn man wie in der Cornichonstraße die Straße komplett umgestalte, dann müsse man in der Konsequenz auch die Bäume wegnehmen und durch neue ersetzen. Dies sei notwendig, weil der künftige Wohnpark geöffnet werden müsse mit Zufahrten. Man rede hier doch auch nicht über 200 Jahre alte Bäume. Die Kastanienbäume im Kasernengelände seien Landschaftsbäume, die teilweise radikal abgeschnitten worden seien. Diese Bäume müssten für das künftige Wohngebiet nicht erhalten werden. Man brauche schon Geduld mit neu gepflanzten Bäumen, bis diese in ihrer vollen Pracht erblühen. Er sei sich seiner Verantwortung für das städtische Grün durchaus bewusst. Man gebe den neugepflanzten Bäumen durch diese Maßnahmen ganz andere und bessere Entwicklungsmöglichkeiten.

Der Vorsitzende verwies dann auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 29. Oktober 2010 und den Ergänzungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 2. November 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt sind.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion. Sie habe den erneuten Antrag gestellt, weil sich in der Ratssitzung am 26. Oktober 2010 neue Aspekte ergeben hätten. Wenn sie damals schon gewusst hätte was sie heute weiß, hätte die UBFL dem Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße nicht zugestimmt. Der Beschluss sei nur in nichtöffentlicher Sitzung des Bauausschusses gefasst worden. Es habe vorher keine Bürgerversammlung gegeben, die Öffentlichkeit sei nicht informiert gewesen. Mit anderen Bürgern hätte sich dies die Verwaltung nicht getraut. Sie glaube, dass hier die Bürger in der Südstadt diskriminiert werden. Im Gegensatz zur Aussage des Oberbürgermeisters sei die Friedrich-Ebert-Straße nicht in einer öffentlichen Stadtratssitzung beschlossen worden. Sie glaube, dass deshalb diese Planung keinen rechtsgültigen Bestand habe, da es hier keine Geheimhaltungspflicht gebe. Da die Bäume ja schon gefällt seien, ändere sie den ersten Punkt ihres Antrages ab. Der Stadtrat solle beschließen, dass die Ausbaupläne zeitnah und nicht erst im Dezember den Anwohnern vorgestellt werden.

Für die Cornichonstraße fordere sie, dass der Ausbau so geplant wird, dass möglichst viele der 20 Jahre alten und vitalen Eschen und Platanen erhalten werden können. Der Alleecharakter mit ausgeprägten Baumkronen müsse unbedingt erhalten bleiben. Das öffentliche Interesse zeige, dass dies keine Kleinigkeit sei. In der letzten Stadtratssitzung sei ein schief stehender Baum als Negativbeispiel herangezogen worden. So sei der Eindruck vermittelt worden, dass alle Bäume so seien. Sie hoffe, dass man hier zu einer Lösung komme. In Koblenz hätte es im Zusammenhang mit der Bundesgartenschau die gleichen Konflikte gegeben. Es sei auch nach vielen wissenschaftlichen Studien so, dass Bäume preiswerter zu erhalten seien als Neupflanzungen vorzunehmen. In der Cornichonstraße spreche selbst das Umweltamt von recht vitalen Bäumen. Der Straßenquerschnitt



solle ja nicht größer werden, so dass man hier durchaus eine Neuordnung vornehmen könne. Für sie seien diese Bäume Lebewesen, die es zu erhalten gelte.

Wenn ein Baumgutachten mit mehreren hundert Seiten kurzfristig dem Naturschutzbeirat vorgelegt werde, könne man hier nicht von Informationspolitik sprechen. So könne ein Naturschutzbeirat nicht fundiert Stellung nehmen. Dies sei dort nicht richtig beraten worden, da sich viele Mitglieder des Naturschutzbeirates außer Stande gesehen hätten, dies zu beraten. Das Gutachten habe zudem dem Stadtrat nicht in vollem Umfang vorgelegen. Daher habe sie auch Akteneinsicht beantragt. Aus der Kurzfassung des Gutachtens gehe hervor, dass durch Pflegemaßnahmen auch kranke Bäume noch zu retten sei. Es komme also darauf an, ob man Bäume erhalten wolle oder nicht. Deshalb wolle die UBFL das Gutachten als ganzes sehen um es beurteilen zu können. Sie hoffe, dass hier ein neues Umdenken um sich greife.

Ratsmitglied Schröer begründete den Ergänzungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion. Sie sehe hier keinen Konkurrenzantrag zum UBFL, sondern eine Ergänzung. Es sei richtig, dass es sich formal um drei verschiedene Maßnahmen handle, nämlich um das Gartenschaulgelände, die Cornichonstraße und die Friedrich-Ebert-Straße. Inhaltlich gehöre dies aber sehr wohl zusammen. Sie sei sehr enttäuscht darüber, dass die Bäume in der Friedrich-Ebert-Straße gefällt worden seien, ohne vorher eine Bürgerversammlung gemacht zu haben. Hier seien Fakten geschaffen, was zeige, dass die Verwaltung keine Sensibilität habe die Bürger mitzunehmen. Hier werde sich formal auf Positionen zurückgezogen und die Bürger ausgebootet. So laufe man Gefahr, dass die Landesgartenschau von der Bevölkerung nicht angenommen werde. Man müsse das ganze aber transparent machen und die Bevölkerung anhören.

In der Cornichonstraße gebe es gar keine Notwendigkeit die Bäume zu fällen. Die Bäume dort könnten auch nach und nach ersetzt werden, weil die Versorgungskissen auch nachträglich eingebaut werden könnten. Der Oberbürgermeister habe ja klar gesagt, dass Hauptgrund für die Fällung der Bäume die Planung des Straßenausbaus sei. Dies würden die Grünen nicht mittragen. Diese Bäume würden zum Flair der Stadt gehören und das Straßenbild nachhaltig prägen. Die Bäume seien Zeitzeugen.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion die Anträge ablehnen und der Verwaltungsvorlage zustimmen werde. Man sei im letzten Stadtrat am 26. Oktober ausführlich informiert worden. Wichtig sei ihm, dass klar differenziert werde zwischen den einzelnen Maßnahmen Friedrich-Ebert-Straße, Cornichonstraße und Kasernengelände. Er halte es für fatal, wenn UBFL und Grüne alles in einen Topf werfen und daraus Schlussfolgerungen ziehen. Dies sei nämlich sachlich und fachlich falsch.

Es sei ja richtig, dass die Informationspolitik der Verwaltung sicher verbesserungswürdig sei. Insofern sei der Ärger verständlich, nicht aber die Schlussfolgerungen die zu den Anträgen geführt hätten. Das Umgehen der Grünen und des UBFL mit den Naturschutzverbänden halte er für sehr fragwürdig und unverschämt. Die Aussagen von Frau Dr. Migl seien im Grunde eine Ohrfeige für den Naturschutzbeirat.

Das Thema Friedrich-Ebert-Straße sei lange und umfassend in den Ausschüssen diskutiert worden. Es sei so, dass die meisten Bäume dort krank gewesen seien und daher entfernt werden mussten. Hier einen Fällstopp zu fordern sei geradezu eine absurde Diskussion. Die Sanierung der Friedrich-Ebert-Straße und der Cornichonstraße sei ein großes Anliegen der Bewohner der Südstadt. Dies sei ein extrem schlechtes Bild, dass die Straßen dort abgeben.

Beim Kasernengelände Estienne Foche hätten alle Zahlen und Bilder vorgelegen, diese würden Bände sprechen. Die Bäume dort seien in einem desolaten Zustand. Es gebe zu jedem einzelnen Baum ein Kurzgutachten. Man müsse auch mal deutlich sagen, dass es im Kasernengelände um 15 gesunde Bäume gehe, die dem ersten Entwicklungsabschnitt im Wege stehen. Es sei ja gesetzlich ganz klar, dass man bei einem Eingriff in die Natur einen Ausgleich schaffen müsse. Der Eingriff müsse also in der ökologischen Wertigkeit ausgeglichen werden.

Richtig sei auch die Entscheidung, die Fällung jetzt im November vorzunehmen, da dies sonst artenschutzrechtlich nicht mehr zu machen wäre.

Über die Cornichonstraße diskutiere man heute nicht, da keine Planung vorliege. In der SPD-Fraktion sei man mehrheitlich der Auffassung, dass dies dort keine schöne Baumallee darstelle. Daher wäre es sicher besser, dort eine schöne und ökologisch wertvolle Baumstruktur zu schaffen. Eine einfache



Aufteilung in Baumschützer und Baumgegner vorzunehmen, sei eine unangebrachte Schwarz-Weiß-Malerei.

Ratsmitglied Morio hatte Verständnis, dass bei Baumfällaktionen die Emotionen hoch seien. Er bitte jedoch, auch an ein solch emotionales Thema sachlich heranzugehen. Zur Sachlichkeit gehöre die Feststellung, dass die Baumfällungen auf dem Kasernengelände der Entwicklungsmaßnahme dienen. Im letzten Stadtrat habe man sich darauf verständigt, wie man vorgehe. Von daher sei er doch schon ein wenig verwundert über die heutigen Anträge des UBFL und der Grünen. Einigkeit habe bestanden, dass der Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße in den Gremien behandelt worden sei und dass darüber nicht mehr geredet werden müsse. Es sei sicher richtig, dass die Bürger über die Baumfällungen zu spät informiert worden seien. Diesen Vorwurf müsse man der Verwaltung machen. Er stelle aber auch fest, dass die Anträge zur Friedrich-Ebert-Straße sich durch die geschaffenen Tatsachen erledigt hätten.

Der Ausbau der Cornichonstraße gehe seinen normalen parlamentarischen Weg. Die Pläne für diesen Ausbau würden noch nicht vorliegen. Hier sei die Beratung für den nächsten Bauausschuss vorgesehen, so dass man hierüber heute nicht reden müsse.

Zum Kasernengelände liege ein Baumgutachten vor, das in der letzten Stadtratssitzung ausführlich vorgestellt worden sei. Über die 63 Bäume, die wegen Krankheit, Alter und mangelnder Standsicherheit gefällt werden müssen, sollte Einigkeit bestehen. Der Streit gehe wohl nur um die Fällung weiterer 15 Bäume, die den geplanten Erschließungsstraßen im Wege stehen. Mit der Zustimmung zur Rahmenplanung der Erschließung sei auch die konkludente Zustimmung zur Fällung dieser Bäume erteilt worden.

Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Verwaltungsvorlage zustimmen und die Anträge der Grünen und des UBFL ablehnen.

Ratsmitglied Volkhardt hielt Emotionen bei diesem Thema durchaus für akzeptabel, wenn dies in einem gewissen Rahmen bleibe. Man sollte das ganze aber dennoch sachlich diskutieren. Bäume hätten einen Lebensrhythmus, sie würden gepflanzt, gedeihen und letztlich werden sie auch gefällt. Dies seien ganz normale Vorgänge, die man nüchtern betrachten sollte. Wenn am Ende mehr Bäume gepflanzt werden, wie zuvor gefällt werden, dann halte er dies für eine akzeptable Lösung. Bei der Cornichonstraße stimme er den Ausführungen von Herrn Morio und Herrn Dr. Kopf zu. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne die beiden Anträge ab und stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Wissing teilte mit, dass auch die FDP-Stadtratsfraktion der Verwaltungsvorlage zustimmen und die beiden Anträge der UBFL und der Grünen ablehnen werde. Zum einen vertraue man hier auf die Ausführungen des Fachbüros und der Verwaltung. Dass kranke Bäume gefällt werden müssten brauche man nicht zu diskutieren. Das Opfern von gesunden Bäumen für eine Baumaßnahme halte sie für akzeptabel unter der Voraussetzung, dass mindestens so viele Bäume neu gepflanzt werden wie gefällt werden. Das Wachsen und Gedeihen der Bäume und auch das Absterben und Fällen sei der natürliche Kreislauf des Lebens. Man sollte auch bedenken, dass man jetzt Bäume pflanze für die nächste Generation. Auch wenn die Informationspolitik sicher nicht optimal gelaufen sei, müsse man bedenken dass man durch die Landesgartenschau unter einem gewissen Zeitdruck stehe.

Beigeordneter Klemm erläuterte, dass der Naturschutzbeirat kein beschließendes, sondern lediglich ein beratendes Gremium sei. Die Friedrich-Ebert-Straße und die Cornichonstraße seien auch nicht Teil der Vorstellung gewesen, da diese im Innenbereich und damit nicht im Aufgabengebiet des Naturschutzbeirates lägen. Hier greife das Naturschutzrecht nicht. Es sei daher ausschließlich um das Kasernengelände gegangen. Das Büro L.A.U.B habe das Gutachten vorgestellt. Hierüber sei diskutiert worden, ohne dass es negative Äußerungen gegeben habe. Der Beirat habe das Gutachten zur Kenntnis genommen und akzeptiert. Es sei akzeptiert worden, dass 63 Bäume krank seien und gefällt werden müssten. Auch im Kasernengelände würden mehr Bäume gepflanzt als gefällt werden. Man müsse auch mal klar stellen, dass im Kasernengelände 317 Bäume stehen. Davon würden genau 78 gefällt, wovon 63 krank und nicht mehr erhaltbar seien.



Ratsmitglied Schwarzmüller stimmte den beiden Anträgen zu und lehnte die Verwaltungsvorlage ab. Sie finde es auffällig, dass Bäume immer nur krank seien wenn Baumaßnahmen anstünden. Dies sei für sie nicht nachvollziehbar.

Der Vorsitzende betonte, dass es laufendes Geschäft der Verwaltung sei, kranke Bäume zu fällen. Er wolle gar nicht herum reden und klar stellen, dass man in der Cornichonstraße nicht von kranken Bäumen spreche. Es sei sachlich dargelegt worden, warum diese Bäume den Straßenausbau nicht überleben werden. Die Bürgerversammlung für die Friedrich-Ebert-Straße sei zweimal verschoben worden, da es noch nicht klar sei, wie viel Beiträge auf die Anwohner zukommen. Bei den meisten Baumaßnahmen gehe es für die Bürger nicht um Bäume, sondern um die Frage was es den einzelnen kostet.

Er räume ja durchaus handwerkliche Fehler im Verfahren ein.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, ob nicht der Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße in öffentlicher Sitzung hätte behandelt werden müssen.

Der Vorsitzende räumte dies ein.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass bei der Friedrich-Ebert-Straße von 2 Millionen Euro Kosten gesprochen worden sei. Nun erkläre der Oberbürgermeister, dass die Kosten nicht klar seien. Dies sei für sie unverständlich und widersprüchlich.

Der Vorsitzende stellte klar, dass ein Straßenausbau immer Geld koste. Diese Maßnahme werde nicht über die wiederkehrenden Beiträge abgerechnet, weil diese Straßen im Sanierungsgebiet Estienne Foche liegen. In Sanierungsgebieten gehe es um den Wertzuwachs der Grundstücke.

Der Stadtrat beschloss mit 7 Ja-Stimmen und 38 Nein-Stimmen:

Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 29. Oktober 2010 bezüglich der geplanten Baumfällungen in der Südstadt wird abgelehnt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6.2. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Ergänzungsantrag zu den geplanten Baumfällungen

Der Vorsitzende verwies auf den der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 2. November 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 6.1 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mit 7 Ja-Stimmen und 38 Nein-Stimmen:

Der Ergänzungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 2. November 2010 zu den geplanten Baumfällungen in der Südstadt wird abgelehnt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6.3. (öffentlich)

Baumfällungen in der Kaserne im Rahmen des ersten Entwicklungsabschnittes

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 29. Oktober 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 6.1 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

Der Rodung von 78 in der Anlage 1 mit einem Quadrat markierten Bäumen innerhalb des ehemaligen Kasernengeländes Estienne-Foch wird zugestimmt. Die Rodung soll aus Gründen des Tierschutzes (Minimierungsgebot) innerhalb des Monats November 2010 durchgeführt werden.

Die EWL-Projektteilung Landesgartenschau wird beauftragt, die Maßnahme im Einvernehmen mit dem Umweltamt der Stadt Landau umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2007

Oberbürgermeister Schlimmer war als Mitglied des Vorstandes der Landauer Kunststiftung befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz führte Bürgermeister Hirsch.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 15. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung für das Haushaltsjahr 2007 sowie
b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2007
2. Der Stadtrat nimmt den Bearbeitungsbericht zum Schlussbericht über die Prüfung des Haushaltsjahres 2007 zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2007

Oberbürgermeister Schlimmer war als Mitglied des Vorstandes der Bürgerstiftung befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz führte Bürgermeister Hirsch.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 15. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. a) **die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung für das Haushaltsjahr 2007 sowie**
 - b) **die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2007**
2. **Der Stadtrat nimmt den Bearbeitungsbericht zum Schlussbericht über die Prüfung des Haushaltsjahres 2007 zur Kenntnis.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2007

Oberbürgermeister Schlimmer und Ratsmitglied Ludwig waren als Mitglied des Vorstandes der Strieffler Stiftung befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz führte Bürgermeister Hirsch.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 15. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. a) **die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung für das Haushaltsjahr 2007 sowie**
 - b) **die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2007**
2. **Der Stadtrat nimmt den Bearbeitungsbericht zum Schlussbericht über die Prüfung des Haushaltsjahres 2007 zur Kenntnis.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Darlehensvertrag zur Finanzierung der Daueranlagen anlässlich der Landesgartenschau Landau 2014

Oberbürgermeister Schlimmer übernahm wieder den Vorsitz.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 14. Oktober 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion die Sitzungsvorlage aufgrund der grundsätzlichen Ablehnung der Landesgartenschau ablehne. Bevor man weitere Fakten schaffe, müsse ihrer Meinung nach die Finanzierungszusage des Landes vorliegen.

Ratsmitglied Schröer wollte wissen, was rechtlich passiere, wenn die Finanzausgabe des Landes nicht komme.

Herr Messemer erläuterte hierzu. Die Investitionen, die nun schon nötig seien, könnten nur mit einer Rechtsgrundlage getätigt werden. Hierzu sei der Darlehensvertrag nötig, sonst könne man keine Gelder aus dem städtischen Haushalt freigeben.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde den in der Anlage beigefügten Darlehensvertrag über die Bereitstellung und Auszahlung städtischer Finanzmittel zur Finanzierung der Realisierung der Daueranlagen anlässlich der Landesgartenschau Landau 2014 und zur gleichzeitigen Sicherung der Liquidität zwischen der Stadt Landau und der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH (LGS).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 19. Oktober 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Aufstellung der 13. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz "Froschau" im Parallelverfahren zum Bebauungsplan D11 "Froschau"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Scheid erklärte, dass es die Zusage im Ortsbeirat Queichheim gebe, die Otto-Hahn-Straße nicht mit der Kraftgasse anzubinden. Im letzten Ortsbeirat sei nun aber mitgeteilt worden, dass man nun doch eine Anbindung prüfe. Darüber sei man nun doch sehr überrascht und erkläre auch das sehr knappe Abstimmungsergebnis.

Herr Heder erläuterte, dass es sich hier nur um einen Aufstellungsbeschluss handle, der den Planbereich umgrenze. Im weiteren Verfahren könne die genaue Konzeption ausreichend diskutiert werden.

Ratsmitglied Marquardt sah ein zusätzliches Problem darin, dass die Trassenführung noch nicht geklärt sei. Er befürchte, dass hier zusätzlicher Verkehrslärm auf die Bewohner zukomme. Man habe hier erneut einen erhöhten Flächenverbrauch, der nicht nötig sei. Es gebe sicherlich das Problem des Rückstaus in Spitzenzeiten. Dieses Problem wäre seiner Meinung nach aber mit längeren Abbiegespuren zu lösen. Was mache eine Verkehrsuntersuchung als Grundlage dieser Beschlussvorlage für einen Sinn, wenn die Zahlen noch gar nicht vorlägen. Er frage sich, wer hier die Kosten trage. Allein für die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Gutachten würden 80.000 Euro ausgegeben werden. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde die Sitzungsvorlage ablehnen, da man andere Prioritäten habe. Für ihn wären Ausgaben für Bildung und gesunde Ernährung wichtiger als die 6 Monate Landesgartenschau.

Ratsmitglied Doll machte noch mal deutlich, dass es lediglich um die Aufstellung der Teiländerung des Flächennutzungsplanes gehe.

Ratsmitglied Ellinghaus erklärte, dass auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Sitzungsvorlage stimmen werde. Unbestritten sei, dass der Verkehrsknotenpunkt problematisch sei. Die hier angestrebte Lösung habe einen maximalen Flächenverbrauch, löse aber nur das halbe Problem. Es gäbe absolut verträglichere und bessere Lösungen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 8 Nein-Stimmen:

- 1. Für das in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage zeichnerisch umgrenzte Gebiet (Anlage) wird, vorbehaltlich der Zustimmung des Ortsbeirates, die Aufstellung der 12. Teiländerung des am 27. Januar 2000 wirksam gewordenen Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zum Bebauungsplan D11 "Froschau" beschlossen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorzunehmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes der Stadt Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. September 2010, die dieser Niederschrift beigelegt ist. Die Parkraumbewirtschaftung sei immer ein strittiges Thema. Man mache dies, um Verkehre zu lenken. Ziel sei, dass Berufspendler in den Randbezirken parken. Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung passiere natürlich auch aufgrund der Haushaltssituation. Auch der künftige Betreiber des Parkhauses Am Großmarkt habe Interesse, dass das Umfeld so bewirtschaftet wird, dass ein wirtschaftliches Betreiben des Parkhauses möglich ist. Er wisse, dass in der CDU-Fraktion hierüber kritisch diskutiert worden sei. Wenn noch Beratungsbedarf bestehe, habe er kein Problem dies heute noch mal zurückzustellen. Was er aber brauche, sei ein klares politisches Signal an den künftigen Parkhausbetreiber, dass dieses Gebiet nicht zur Debatte stehe.

Es sei ja außer Frage, dass der Einzelhandel die Lebensader der Innenstadt sei. Man habe aber auch den Beschluss einer gegenseitigen Fahrradspur in der Königstraße. Wenn man diesen Beschluss so umsetze, dann sei die klare Folge, dass die Parkplätze in der Königstraße wegfallen. Der Ausbau der Königstraße werde nicht vor 2015 kommen. Dann könne man darüber gerne noch mal reden.

Ratsmitglied Scharhag erklärte, dass natürlich nicht jeder über das Parkraumbewirtschaftungskonzept begeistert sei. Es sei aber ein Konzept für die nächsten 5 bis 10 Jahre und ganz sicher nicht in Stein gemeißelt. Die unterschiedlichen Preisstrukturen mit kostenlosen Parkplätzen, sowie Tickets für 2 Stunden, 4 Stunden und Tagestickets sei eine vernünftige Lösung. Das Konzept orientiere sich an den städtebaulichen Maßnahmen und sei kein Endzustand. Es seien regelmäßige Überprüfungen erforderlich um auf Veränderungen flexibel reagieren zu können.

Im übrigen gebe es in Stadtnähe noch viele privat bewirtschaftete Parkplätze. Als Ergänzung zum Parkraumbewirtschaftungskonzept fordere er zusätzlich ein Parkleitsystem, in dem die gesamten Parkplätze erfasst werden sollen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Parkraumbewirtschaftungskonzept zu.

Ratsmitglied Heuberger räumte ein, dass die CDU mit dem Parkraumbewirtschaftungskonzept gewisse Probleme habe. Das Problem bestehe für die CDU darin, dass man mit der Ausweitung der Bewirtschaftungszone den ruhenden Verkehr in Wohngebiete dränge. Hier gebe es erhebliche Widerstände von Bürgern. Diese Bedenken der Bürger nehme man sehr ernst. Die Bewirtschaftung im Umfeld des neuen Parkhauses sei selbstverständlich, dieses Signal könne man geben. Für die CDU sei wichtig, wo in Zukunft weitere Parkplätze in der Innenstadt geschaffen werden können. Man wolle dieses Konzept noch einmal intensiv in der Fraktion beraten. Probleme habe man auch mit der Gestaltung des Untertorplatzes. Hier müssten Parkplätze so weit wie möglich erhalten bleiben, wofür es auch Möglichkeiten gebe. Der CDU sei es wichtig, dass das Leben in der Innenstadt funktioniere und keine neuen Leerstände erzeugt werden. Das Thema sei für die CDU-Stadtratsfraktion so bedeutend, dass man der Vorlage so im Moment nicht zustimmen könne.

Ratsmitglied Schröer war der Auffassung, dass es sich hier um ein sehr ausgewogenes Parkraumkonzept handle. Die Grünen seien der Auffassung, dass der ÖPNV stärker gefördert werden müsse. Zudem stehe auch der Parkraum nicht unbedingt mit dem Handel in Verbindung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme dem Parkraumbewirtschaftungskonzept zu.

Ratsmitglied Freiermuth teilte mit, dass man das vom Oberbürgermeister gewünschte Signal an den künftigen Parkhausbetreiber gerne geben könne. Allerdings habe die FWG noch einige Probleme mit dem Konzept. Hier sollte man zugestehen, dass es im politischen Meinungsbildungsprozess eben manchmal noch Beratungsbedarf gebe. Sicherlich sei die Situation in Landau zugegebenermaßen noch recht positiv. Trotzdem wäre es gut, wenn man das gesamte Parkraumbewirtschaftungskonzept noch mal beraten könnte.



Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass die FDP-Stadtratsfraktion nicht einer Fortschreibung der Parkraumbewirtschaftung im Wege stehe. Gerade mit dem Wegfall der Parkplätze in der Königstraße tue sich die FDP schwer. Man habe hier noch Beratungsbedarf.

Ratsmitglied Dr. Migl sah ebenfalls noch Beratungsbedarf. Wenn nun noch mehr Fraktionen Beratungsbedarf hätten, sollte man das vertagen.

Der Vorsitzende zeigte sich verwundert über die Ausführungen der verschiedenen Fraktionen. Alle diese angesprochenen Fragen seien in den Ausschüssen vorberaten worden. Er habe aber kein Problem mit dem uferlosen Beratungsbedarf des Rates, sofern dies zeitlich möglich sei. Fakt sei, dass die Fraktionen wohl Beratungsbedarf hätten, so dass er die Vorlage heute nicht abstimmen lasse. Es sei im Konzept nicht enthalten, dass in der Königstraße 40 Parkplätze wegfallen. Letztlich sei es so, dass man dies erst entscheide wenn man die Königstraße neu plane. Er werde sich dann tendenziell für die Belange des Landauer Einzelhandels entscheiden.

Ratsmitglied Kautzmann erklärte, dass er ein wichtiges Detail ansprechen wolle das zu deutlichem Unbehagen in der Fraktion geführt habe. Es gehe um die Grundeinstellung der Planung und die Tatsache, dass es scheinbar immer weniger Parkraum geben werde. Insgesamt habe man ein Defizit von 180 Plätzen. Dies solle durch ein noch in Planung befindliches Parkhaus und durch eine Park & Ride-Anlage ausgeglichen werden. Dies sei seiner Meinung nach deutlich an der Sache vorbei. Man könne nicht einen Parkplatz, der für Berufspendler vorgesehen sei, zu 100 % als Ausgleich für ein Defizit heranziehen, das man selbst geschaffen habe. Dies sei unredlich. Genau deshalb gebe es für die CDU Beratungsbedarf. Man schiebe dies nicht auf die lange Bank, sondern nehme das ganze sehr ernst.

Ratsmitglied Dr. Kopf hielt das ganze für einen bemerkenswerten Vorgang. Nun führe man die ganze Diskussion aus den verschiedenen Ausschüssen hier im Rat noch einmal. Dies sei das Gegenteil einer Beratungsökonomie. Natürlich habe man auch bei einzelnen Punkten ein gewisses Bauchgrimmen. Dann sollte man sich aber das gesamte Konzept anschauen und könne dann doch zustimmen. Er finde es bedauerlich, dass sich die Koalition hier in die Büsche schlage. Die SPD sei davon ausgegangen, dass es einen Konsens gebe. Man habe dies ja noch einmal im Ältestenrat diskutiert und die vorliegende Ergänzungsvorlage sei ja nicht vom Himmel gefallen. Die Koalition fordere vehement ein neues Parkhaus, könne aber im Gegenzug kein schlüssiges und auf diese Maßnahme abgestimmtes Parkraumbewirtschaftungskonzept bieten. Bei der Parkraumbewirtschaftung gehe es um Geld und die Einnahmen seien doch auch im Haushalt schon fest eingeplant.

Ratsmitglied Schwarzmüller erklärte, dass sie dem Parkraumbewirtschaftungskonzept zustimme. Sie wolle wissen, ob es die Möglichkeit gebe eine Kombination aus Kurzzeit und Tagestickets zu schaffen.

Herr Lis erläuterte hierzu. Es habe diese Überlegung schon gegeben, eine entsprechende Umstellung der Automaten koste aber Geld.

Ratsmitglied Dr. Migl thematisierte noch mal die Situation um das künftige Parkhaus. Sie sei dagegen, dem möglichen Investor den roten Teppich auszurollen. Die UBFL-Stadtratsfraktion halte das Parkhaus für nicht richtig. Es sei schon klar, dass man zu einer gewissen ökologischen Steuerung eine Parkraumbewirtschaftung brauche. Allerdings sei beispielsweise auch das ÖPNV-Angebot als Alternative sträflich vernachlässigt worden.

Ratsmitglied Dr. Bals entgegnete auf die Aussagen von Herrn Dr. Kopf, dass sich die CDU nicht in die Büsche schlage. Er stelle noch mal klar, dass man der Parkraumbewirtschaftung rund um das neue Parkhaus so zustimmen werde, dass der Betreiber eine Chance habe, dies wirtschaftlich zu führen. Dies sei eine vernünftige Regelung und das werde man auch mittragen. Wenn man so ein aufwendiges Konzept mache, dann sollte man auch wirklich alle Parkplätze aufführen, die verloren gegangen sind.



So seien beispielsweise auch an der Kreuzung Westring/Langstraße 7 bis 8 Parkplätze durch den neuen Fußgängerüberweg weggefallen. Die CDU wolle einfach noch mal über das Konzept sprechen.

Der Vorsitzende unterstrich, dass Wirtschaftspolitik und Stadtmarketing auch Psychologie sei. Permanente öffentliche Debatten über Parkplätze und Parkraumbewirtschaftung würden der Stadt schaden. Die CDU schade mit dieser Debatte nachhaltig der Stadt. Man sollte doch lieber über die Zukunft unserer Stadt reden. Landau sei eine Stadt mit herausragender Parkplatzsituation. Er nehme das klare Votum der Mehrheit des Rates für die Parkraumbewirtschaftung im Umfeld des Parkhauses entgegen. Über alle anderen Punkte werde man mit Sicherheit eine Einigung finden.

Protokollvermerk

Die Stadtratsfraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FWG und FDP erklären im Vorfeld der Abstimmung über das gesamte Parkraumbewirtschaftungskonzept, dass sie alle Maßnahmen der Parkraumbewirtschaftung im Umfeld des künftigen Parkhaus „Am Großmarkt“ mittragen werden. Dies werde als klares Signal an den künftigen Betreiber des Parkhauses zu Protokoll gegeben.

Der Vorsitzende lies über diese Vorlage der Verwaltung als auch über die Ergänzungsvorlage des Tagesordnungspunktes 13.1 nicht abstimmen. Er ziehe die Vorlage zurück und gebe sie erneut in die Fachausschüsse zur Beratung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13.1. (öffentlich)

Ergänzung zur Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes der Stadt Landau

Die Beratung erfolgte gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 13. Es wird auf die dortige Protokollierung verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Bebauungsplan D7c "Park & Ride-Anlage Bahnhof", Satzungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 22. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass man hier sehe dass eine Landesgartenschau durchaus auch gute Seiten habe. Diese Maßnahme sei eine gute Sache und eine Investition in die Zukunft der Stadt. Zur Förderung des ÖPNV sei dies eine nachhaltige Investition. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Doll entgegnete, dass dieser Beschluss nicht nur im Hinblick auf die Landesgartenschau zu begrüßen sei. Auch aus Queichheimer Sicht sei dies sehr positiv. Der Ortsbeirat Queichheim habe daher einstimmig zugestimmt.

Ratsmitglied Schröder sagte, dass es sehr erfreulich sei, dass die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen endlich mal einer Maßnahme zur Steigerung des ÖPNV zustimmen könne.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplanes D7c „Park & Ride-Anlage Bahnhof“ vom November 2008 entsprechend den in der als Anlage 2 beigelegten Synopse vom März 2010 niedergelegten Abwägungsvorschläge der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Anregungen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplanes D7c „Park & Ride-Anlage Bahnhof“ vom November 2008 entsprechend den in der als Anlage 3 beigelegten Synopse vom März 2010 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 3. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Anregungen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplanes D7c „Park & Ride-Anlage Bahnhof“ vom Mai 2010 entsprechend den in der als Anlage 4 beigelegten Synopse vom September 2010 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 4. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplanes D7c „Park & Ride-Anlage Bahnhof“ vom Mai 2010 entsprechend den in der als Anlage 5 beigelegten Synopse vom Mai 2010 niedergelegten Abwägungsvorschläge der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses**
- 5. Der Bebauungsplanes D7c „Park & Ride-Anlage Bahnhof“ der Stadt Landau in der Pfalz wird in der Fassung vom September 2010 (Anlage 1) als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt (§ 10 BauGB und § 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. § 88 LBauO).**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz (Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes D 7c "Park & Ride-Anlage Bahnhof"), abschließende Beschlussfassung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 20. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung der 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom März 2010 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom Mai 2010, dargelegt in der als Anlage 2 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Entwurfsfassung der 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom Mai 2010 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom September 2010, dargelegt in der als Anlage 3 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 3. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachte Stellungnahme zur Entwurfsfassung der 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom Mai 2010 werden entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung vom September 2010, dargelegt in der als Anlage 4 beigefügten Synopse, abgewogen (§ 1 Abs. 7 BauGB). Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 4. Die 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz (Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes D 7c "Park & Ride-Anlage Bahnhof") (Anlage 1) in der Fassung von September 2010 wird endgültig beschlossen und die Begründung gebilligt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Umbau und Sanierung des Gebäudes 12 in der ehemaligen Kaserne Estienne-Foch zu einem Bürogebäude mit Besucherzentrum für die Landesgartenschau 2014

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 27. Oktober 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Morio erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Maßnahme grundsätzlich zustimme. Allerdings habe die CDU zwei Einschränkungen zu machen. Die Maßnahme dürfe erst begonnen werden, wenn die Zusage des Landes über die Höhe der Förderung vorliege. Daher müsse noch ein Finanzierungsvorbehalt in die Sitzungsvorlage eingebaut werden. Aus der Vorlage ergebe sich, dass dort eine Tiefgarage gebaut werden solle. Die Notwendigkeit einer solchen Tiefgarage sei bisher noch nicht Gegenstand von Beratungen in den städtischen Gremien gewesen. Er rege an, zunächst ein Parkraumkonzept für die Südstadt zu erstellen. Dann könne man entscheiden, ob eine Tiefgarage nötig sei oder nicht.

Daher bitte er den Punkt 1 des Beschlussvorschlages so abzuändern, dass dem Erwerb und dem Umbau des Gebäudes 12 mit Ausnahme der Tiefgarage zugestimmt wird. In Punkt 2 solle noch der Finanzierungsvorbehalt aufgenommen werden.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass es sich hier um eine sehr sehr teure Planung handle. Wie sie den Ausführungen im Verwaltungsrat EWL entnommen habe, sei dies gar keine so leichte Sache. Ihrer Auffassung nach sei dies zu teuer und zu luxuriös geplant. Es wäre sicherlich gut gewesen, dies nicht nur im Verwaltungsrat EWL sondern auch im Bauausschuss vor zu beraten. Das Gebäude sei sicherlich erhaltenswert, aber nicht in dieser Luxusausführung. Die UBFL sei auch gegen den anschließenden Weiterverkauf und damit einer Privatisierung. Hier mache man wieder das Beste vom Besten für die Landesgartenschau. Dies könne nicht sein, auch hier müsse gespart werden. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Schröer teilte mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Vorlage inhaltlich zustimme. Sie halte dies für eine angemessene Sanierung. Allerdings schränke sie ein, dass die Grünen keiner Investition zustimmen ohne dass die Finanzausgabe des Landes vorliege.

Ratsmitglied Freiermuth machte deutlich, dass auch die FWG Probleme wegen der fehlenden Zusage des Landes habe. Unabhängig davon halte er es für eine teure Sanierung. Zudem gebe es auch innerhalb der FWG ein Problem mit der geplanten Tiefgarage.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass für ihn der nötige Sparwille bei dieser Vorlage nicht ersichtlich sei. Die geschätzten Baukosten für die Sanierung des Gebäudes seien zu hoch. Er appelliere an die Verwaltung, die Kosten noch mal zu überdenken und zu reduzieren. Dieser reduzierte Betrag sollte dann gedeckelt werden, um keine Überraschungen zu erleben. Die FDP-Stadtratsfraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Ratsmitglied Eisold wollte wissen, warum der EWL und nicht die LGS GmbH das Gebäude kaufe.

Ratsmitglied Schröer ergänzte zu ihren ersten Ausführungen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich den Ausführungen und dem Abstimmungserhalten der CDU-Fraktion anschließen.

Ratsmitglied Dr. Leydecker stellte die Frage, wie viele Tiefgaragenplätze vorgesehen seien.

Herr Eck erläuterte, dass der EWL das Gebäude aus verschiedenen Gründen kaufe und saniere. Zum einen liege der Fachverstand durch die Projektteilung eher beim EWL als bei der LGS GmbH, da dort eher die Durchführung der Schau geplant werde. Durch die relativ flexiblen Strukturen könne man sehr schnell tätig werden, was die Zeitschiene beschleunige. Ein weiterer Grund seien die



steuerlichen Vorteile, die man durch den Vorsteuerabzug erlange. Schließlich sei auch die Finanzierung beim EWL wesentlich einfacher darzustellen als in jedem anderen Bereich. Die Sanierung sei definitiv keine Luxusvariante. Man habe alles runtergenommen, was vertretbar gewesen sei. Klar sei aber, dass ein Bauen im Bestand nun mal nicht billig sei.

Herr Messemer gab noch weitere Erläuterungen zur Frage der Finanzierung durch den EWL.

Ratsmitglied Eisold erklärte, dass ihm das Gesamtvolumen wichtig sei. Auf dem Gesamtvolumen müsse ein Deckel sein, damit man am Ende wisse wo man lande.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja,- 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

- 1. Dem Erwerb und Sanierung des Gebäudes 12 der ehemaligen Kaserne Estienne-Foch zu einem Bürogebäude mit Besucherzentrum für die Landesgartenschau 2014 auf Grundlage der vorgelegten Entwurfsplanung wird - mit Ausnahme der geplanten Tiefgarage - zugestimmt.**
- 2. Die Baukosten einschließlich Baunebenkosten(ohne Stellplätze und Grunderwerb) werden auf maximal 1,75 Millionen EUR festgelegt. Die Maßnahme steht unter dem Vorbehalt der Finanzierungszusage des Landes für die Landesgartenschau.**
- 3. Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Projektteilung Landesgartenschau, wird beauftragt die Maßnahme umzusetzen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd "
Zuschussgewährung für das Gebäude 012 zur Sanierung und zum Umbau als Büro-
und Verwaltungsgebäude durch den Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau
AöR**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 14. Oktober 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass sich die FDP-Stadtratsfraktion auch bei dieser Vorlage enthalten werde. Der EWL sollte sich auf sein Kerngeschäft konzentrieren und nicht noch Immobilien erwerben.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte geprüft haben, ob dies überhaupt mit der Satzung des EWL vereinbar sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

Dem Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau als künftigen Eigentümer des noch zu erwerbenden Gebäudes Nr. 12 in der Kaserne Estienne et Foch wird bei entsprechendem Beschluss durch die Gremien für die Sanierung und den Umbau des Gebäudes vorbehaltlich der förderrechtlichen Zustimmung durch die Bewilligungsbehörde ein Zuschuss aus Städtebaufördermitteln in Höhe von 20 % der förderfähigen Kosten von 1.755.600 €, maximal jedoch 351.100 €, gewährt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Änderung der Abfallgebührensatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 21. Oktober 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Entwurf zur Änderung der Abfallgebührensatzung als Satzung zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Lerch bat um Informationen zur Rundsporthalle. Er wolle wissen, ob es der Tatsache entspricht, dass ein Neubau nicht vom Land bezuschusst werde.

Der Vorsitzende betonte, dass dies ein Momentstand sei. Es gebe noch keinen aktuellen Bescheid. Wenn er aber die Zeichen richtig deute, werde die Rundsporthalle nicht neu gebaut. Es sei eine bittere Erkenntnis, dass wohl eine Sanierung eher möglich sei als ein Neubau.

Ratsmitglied Marquardt wollte wissen, wie viele gemeinnützige Vereine von den wiederkehrenden Beiträgen betroffen seien.

Der Vorsitzende erwiderte, dass ihm dieses Problem bekannt sei. Er stimme zu, dass hier eine Lösung gefunden werden müsse.



Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 09.11.2010 umfasst 27 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 438.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete